

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo: (c) Debt Jubilee Campaign

Den Erlass der Auslandsschulden aller Länder mit niedrigen und mittleren durchschnittlichen Einkommen angesichts der Belastungen durch die Covid-Pandemie verlangen mehrere ökumenische Organisationen in ihrer gemeinsamen Initiative für eine „Neue Internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA)“

Oekumene an Finanzminister: Bisherige Wirtschaftsordnung gemeinsam infrage stellen

Die COVID-19-Pandemie hat die gegenwärtige Wirtschaftsordnung nochmal fragwürdig werden lassen. Die FinanzministerInnen der G-20-Staaten sollten das „sich unerwartet öffnende Fenster der Gelegenheit für eine gemeinsame Infragestellung der bisherigen Wirtschaftsordnung nutzen.“ Dazu haben der Weltkirchenrat, der Lutherische Weltbund, die Weltgemeinschaft reformierter Kirchen und der Rat für Weltmission in einem gemeinsamen Schreiben an die Finanzminister, Gouverneure und DirektorInnen der nationalen Zentralbanken der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) vor deren letztem Treffen in Riad aufgefordert. Die Pandemie habe eine „tiefergehende Krise offenbart, die das Ergebnis des bisherigen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells ist, beruhend auf der Ausbeutung von Ressourcen in einer Art und Weise, die den Planeten zerstört und die Mehrheit der Menschheit zur Armut verdammt“, heißt es in dem Brief. Die vier Organisationen, die 500

Millionen Menschen christlichen Glaubens weltweit vertreten, weisen darauf hin, „dass alle Maßnahmen und politischen Aktionen für die wirtschaftliche Erholung nach COVID-19 auf die dringenden Aktionen gegen die Klimakrise abgestimmt werden müssen.“ Vier Vorschläge dazu lauten:

- Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für die öffentliche Gesundheit und den sozialen Schutz von Hunderten von Millionen Menschen, deren Existenzgrundlagen durch die Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung hochgradig gefährdet werden,
- Erlass der Auslandsschulden aller Länder mit niedrigen und mittleren durchschnittlichen Einkommen,
- Durchführung globaler Steuerreformen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung, und
- Bewahrung öffentlicher Güter und ökologischer Allmenden.

Die vier Organisationen arbeiten seit 2014 in einer gemeinsamen Initiative mit der Bezeichnung „Neue Internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur (NIFEA)“ zusammen, die das bisherige globale Wirtschaftsmodell in Frage stellt und sich für eine Ökonomie des Lebens für alle einsetzt.

AUS DEM INHALT

Irak:
Rückgabe von Eigentum an
Christen und Mandäer

Argentinien:
Sonderabgabe für Millionäre

Schweiz:
Kirchliche Hilfswerke befürchten
größeren Druck

**Katholisch-Lutherische
Versöhnung:**
„Decet Romanum Pontificem“

Human Development Report:
Mensch und Planet auf
Kollisionskurs

USA:
Klimaschutz und Evangelikale

Weltsozialforum:
Mit Befreiungstheologie

Aus Netzen und Bewegungen

Rheinland:
Auslandsarbeit der EKD in den
jeweiligen ökumenischen Kontext

Württemberg:
Ein kleinwüchsiger Philanthrop als
Vorbild

Oekumenischer Ratschlag:
Basisökumene zu OeKT und OeRK

Akademie solidarische Ökonomie:
Ausstellung „Bilder einer solidari-
schen Welt“

Kairos Europa:
Unser gemeinsames Haus - Casa
Común

Initiative zum Atomwaffenverbot:
Nein zur Abschreckung erforderlich



Photo: Paul Jeffrey/OxRK

Nach der Vertreibung aus Mossul im Irak schaut ein Junge bei der Fahrt in ein Flüchtlingslager aus dem transportierenden Lastkraftwagen

Irak: Rückgabe von Eigentum an Christen und Mandäer

Christen und Mandäer bekommen seit Februar 2021 im Irak ihr rechtmäßiges Eigentum zurück: Im Rahmen einer Rückgabe-Kampagne wurden bereits 38 Grundstücke und Häuser zurückgegeben, die lokale Milizen und Familienclans illegal für sich beanspruchten. Die Kampagne wurde vom irakischen Schiitenführer Muqtada al-Sadr initiiert. Der politische Kopf einer im Parlament stark vertretenen schiitischen Gruppe hatte Anfang des Jahres ein Ad-hoc-Komitee einrichten lassen, das Informationen und Beschwerden über Fälle unrechtmäßiger Enteignung der religiösen Minderheiten sammelt. Absicht sei es, Gerechtigkeit wiederherzustellen und den Verletzungen der Eigentumsrechte von „christlichen Geschwistern“ ein Ende zu setzen, auch wenn diese von Mitgliedern seiner eigenen Bewegung begangen werden, bekräftigte Muqtada al Sadr. Der Schiitenführer will sich laut Beobachtern im Irak als Vermittler profilieren.

Papstbesuch

Begegnungen mit Christen und hohen Vertretern des Islam, ein interreligiöses Treffen und ein Gebet für die Opfer des Krieges – so lautete das Besuchsprogramm im Irak für Franziskus. Er ist der erste Bischof von Rom, der den Irak besuchte. Begegnungen mit hohen Islamvertretern in dem Krisenland können in der Folge eine Signalwirkung entfalten.

Im Südirak sollte ein Treffen mit dem schiitischen Großayatollah Ali al-Sistani positive Wirkungen zeigen, ebenso wie die Teilnahme an einem interreligiösen Treffen im Anschluß.

Neuerungen im Vatikan: Frauen auf dem kleinen Vormarsch

Zwei Untersekretäre für die Bischofssynode hat Papst Franziskus kürzlich ernannt; darunter ist erstmals eine Frau, die dieses Amt ausfüllen wird. Bei Synoden haben Untersekretäre Stimmrecht.

Nathalie Becquart ist ehemalige Direktorin des

Nationalen Dienstes für die Evangelisierung der Jugend und der Berufe der französischen Bischofskonferenz. Sr. Becquart war bereits zwei Jahre lang Beraterin des Generalsekretariats der Synode. Jetzt besteht ihre Aufgabe darin, dem Generalsekretär zu assistieren

Es ist das erste Mal, dass eine Frau eine Position auf dieser Ebene innerhalb des Generalsekretariats der Bischofssynode innehat. Das ist ein Novum, weil nach den kanonischen Normen für Bischofssynoden ausschließlich Kleriker - Diakone, Priester oder Bischöfe - stimmberechtigte Mitglieder der Versammlung sind.

Verschärfte Kontrolle über Staatsfinanzen

Seit Januar 2021 kümmert sich im Vatikan die Güterverwaltung APSA (Amministrazione del Patrimonio della Sede Apostolica) um die Verwaltung von Kapital- und Immobilienwerten. Damit obliegt ihr neben sämtlichen Vermögenswerten nun auch die Hoheit über die liquiden Mittel für laufende Ausgaben.

Für Unterhaltsbeiträge aus katholischen Bistümern und anderen kirchlichen Einrichtungen wird ein allgemeines Haushaltskonto des Heiligen Stuhls eingerichtet. Spenden von Gläubigen, ein Sonderfonds des Papstes und zweckgebundene Zuwendungen erhalten abgegrenzte Posten in der Bilanz.

Die neuen Regelungen sollen laut Mitteilung des vatikanischen Presseamts eine bessere Kontrolle der Verwendung von Spenden wie dem sogenannten Peterspfennig gewährleisten und die Finanzverwaltung verschlanken. Damit ist zugleich auch ein Stellenabbau in der Verwaltung des Staatssekretariats verbunden.

Argentinien: Sonderabgabe für Millionäre

Die argentinische Regierung verpflichtet die Reichsten im Land derzeit mit einer Sonderabgabe, um Corona-Hilfe zu leisten. Wohlhabende, die umgerechnet mehr als 1,9 Millionen Euro besitzen, müssen einmalig eine Steuer von bis zu 3,5 Prozent auf ihr Vermögen im Inland und bis zu gut fünf Prozent auf ihr Vermögen im Ausland zahlen – die Einnahmen sollen unter anderem kleinere Unternehmen sowie sozial Schwache unterstützen. Die Regierung hofft, die Sonderabgabe von rund 12.000 Millionen zu kassieren – und auf diesem Weg dieses Jahr etwa drei Milliarden Euro zusätzlich einzunehmen.

Katholisch-Lutherische Versöhnung: „Decet Romanum Pontificem“

So beginnt die lateinische Bulle von Leo X., Bischof von Rom und Sohn des Medici-Fürsten Lorenzo dem Prächtigen, mit der am 5. Januar 1521 die Schriften Dr. Martin Luthers verboten und er selbst exkommuniziert wurde. Schon im Jahr zuvor hatte Leo X. mit der Bulle 'Exsurge Domine' vergeblich versucht, Luther zur Rücknahme seiner Überlegungen zu veranlassen.

Der Lutherische Weltbund (LWB) und der Päpstliche Einheitsrat halten am 25. Juni in Rom aus diesem Anlaß einen gemeinsamen Versöhnungsgottesdienst ab. Er soll vom LWB-Generalsekretär Martin Junge und von Kardinal Koch geleitet werden.

„Im Geiste der Verpflichtung, weiter daran zu arbeiten, vom Konflikt zur Gemeinschaft zu gelangen, wird sich die gemeinsame Veranstaltung auf die wichtigen ökumenischen Entwicklungen der letzten Zeit konzentrieren“, so Junge und Koch.

Auch in Deutschland und im Besonderen in Worms, wo 1521 Luther auf dem Reichstag zu Gast war und sich weigerte, seine Lehren zurück zu ziehen, wird es zahlreiche Veranstaltungen geben. Zu einem Festakt in der Stadt am Rhein am 16. April wird auch der deutsche Bundespräsident erwartet.

US-Atomwaffenarsenal: Mehr Kontrolle verlangt

In der Debatte um die Machtfülle des US-amerikanischen Präsidenten über die Atomwaffen des Landes hat der frühere Pentagon-Chef William Perry eine Reform des bisherigen Systems gefor-

dert. Präsident Biden sollte verkünden, „seine Befugnis zur Nutzung von Atomwaffen mit einer ausgewählten Gruppe im Kongress zu teilen“, schrieb Perry in einem gemeinsamen Gastbeitrag mit dem Politikexperten Tom Collina für das US-Magazin „Politico“. Perry und Collina nannten es „überholt, unnötig und extrem gefährlich“, dass in den Vereinigten Staaten der Präsident noch immer die alleinige Kontrolle über das Atomwaffenarsenal habe. Das derzeitige System gebe dem Präsidenten eine „gottähnliche Macht, in nur einem Augenblick eine globale Zerstörung anzurichten“. Die Autoren appellierten auch an Biden, öffentlich zu erklären, dass die Vereinigten Staaten niemals einen Atomkrieg starten und eine Atombombe nur im Falle eines Angriffs einsetzen würden.

Schweiz: Kirchliche Hilfswerke befürchten größeren Druck

Im letzten Dezember hat die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit strengere Regeln für Nichtregierungsorganisationen angekündigt.

NGOs dürfen Geld, das sie vom Bund bekommen, nicht für politische Kampagnen verwenden. Diese bisher geltende Regel soll nun verschärft werden: Künftig sollen diese Bundesgelder auch nicht mehr in die Informations- und Bildungsarbeit in der Schweiz investiert werden. Die reformierten Hilfswerke Brot für alle und Heks sind davon noch nicht betroffen. Aber sie befürchten weitere Einschränkungen für ihre Arbeit.

Bernard DuPasquier, Geschäftsführer von Bfa, dem Hilfswerk Brot für alle, sieht die neue Regelung kritisch. Denn Bildungsarbeit gehöre essentiell zur Entwicklungsarbeit dazu. „Wir müssen die Bevölkerung hierzulande für die Ursachen dessen, was im globalen Süden geschieht, sensibilisieren. Unsere Wirtschaft und Politik haben direkte Auswirkungen auf andere Länder.“ Das anerkenne auch der Bund in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Bfa habe den Auftrag, sich entwicklungspolitisch zu engagieren, also Einfluß zu nehmen auf politische Rahmenbedingungen im Norden wie im Süden, so dass eine gerechte Entwicklung möglich werde.

Doch wer die Ursachen von Armut und Ungerechtigkeit bekämpfen wolle, der handle zwangsläufig politisch, so Dieter Wüthrich von Heks. „Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit zielt immer auch auf systemische Veränderungen ab. Dazu braucht es die Einflußnahme auf politischer Ebene.“

Corona-Impfung: Firmen zur Aussetzung von Patenten aufgefordert

Mehr als 20 deutsche Organisationen haben die Pharma-Unternehmen Biontech und Curevac dazu aufgerufen, die Patente auf ihre Corona-Impfstoffe auszusetzen. Nur so könne eine schnelle Ausweitung der weltweiten Produktion ermöglicht werden, forderten die Hilfs- und Menschenrechtsinitiativen im Februar in einem offenen Brief.

Zudem sei es nötig, dass die beiden deutschen Unternehmen einen vollständigen Technologietransfer leisteten und einen Teil der Impfstoffe für ärmere Länder bereitstellten. „Beide Firmen haben Fördergelder von jeweils mehreren hundert Millionen Euro allein durch die Bundesregierung erhalten.“ Dadurch stünden sie in der Verantwortung, Menschen weltweit Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu gewähren.

Zu den unterzeichnenden Organisationen gehören Ärzte ohne Grenzen, Amnesty, die Kindernothilfe, Transparency international, Misereor, das Deutsche Institut für Ärztliche Mission sowie Oxfam.

Kein jahrelanges Warten auf Impfung

Es könne nicht sein, dass die Risikogruppen in den ärmeren Ländern noch Jahre auf eine Impfung warten müßten, während reiche Länder wie Deutschland schon in der Breite impften, erklärte Elisabeth Massute von Ärzte ohne Grenzen. Man sehe jetzt schon drastisch ansteigenden Infektionszahlen beispielsweise in Malawi, Mosambik, Afghanistan und Brasilien. „Das sollten Mahnzeichen für die Weltgemeinschaft sein, dass wir keine weitere Zeit verlieren dürfen.“

Massive Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme ärmerer Länder

Die Pandemie habe massive Auswirkungen insbesondere auf die Gesundheitssysteme ärmerer Länder, hieß es in dem Brief. Zudem würden Millionen Menschen in die Armut getrieben, und die Gefahr von langfristigen Hungersnöten werde verstärkt.

Um die Pandemie global wirksam einzudämmen und ihre schädlichen Auswirkungen zu bekämpfen spielten biomedizinische Firmen eine wichtige Rolle. „Wir bitten Sie daher darzulegen, welche konkreten Maßnahmen Sie hinsichtlich der wichtigen Aspekte Transparenz, Bezahlbarkeit, Lizenzierung, Technologietransfer und garantiertem gerechtem Zugang ergreifen werden, um dieser Verpflichtung gerecht zu werden.“

Papst zu Recht und Eigentum: Eigentum muss dem guten Gebrauch dienen

Nur das Privateigentum zu schützen hat mit einer sozial gerechten Gesellschaft wenig zu tun. Daran hat Papst Franziskus in einer Videobotschaft an einen internationalen Richter-Gipfel erinnert. Eigentum habe dem guten Gebrauch zu dienen. Der Präsident der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften, Stefano Zamagni führte dazu aus, der Pontifex habe an die Begrenztheit eines verabsolutierten Konzeptes von Privateigentum im Blick auf das Gemeinwohl hinweisen wollen. „Mit der Logik des Privateigentums allein gelingt es nicht, die Wohlfahrtsbedürfnisse aller, insbesondere der Armen, der Ausgestoßenen, zu befriedigen, so Zamagni. Das wolle der Pontifex mit Blick auf heutige Armutsherde klarstellen.

Von einem absoluten und unantastbaren Recht auf Privateigentum sei die christliche Tradition nie ausgegangen, sie habe stets dessen gesellschaftliche Funktion betont, so Franziskus in seiner Videobotschaft. In der Tat stehen diese Gedanken über die soziale Gerechtigkeit und eine Umverteilung von Gütern „in einer langen Tradition“, die u.a. auf das Jahr 370 und den Kirchenlehrer und Bischof Basilius von Cäsarea zurückgeht. Franziskus sehe das Recht auf Eigentum als ein „zweitrangiges natürliches Recht, das sich vom Recht aller ableitet, welches in der universellen Bestimmung der Vermögenswerte gründet“. „Es gibt keine soziale Gerechtigkeit, die auf Ungleichheit beruht, die das Anhäufen von Reichtum voraussetzt.“ Er ziele darauf ab, Strukturen abzubauen, die Ungerechtigkeit perpetuieren und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufreißen. Es gehe hier nicht allein um die Korruption einzelner Akteure, sondern um Ungerechtigkeit produzierende Systeme oder Systemmängel.

Konzept der Struktur der Sünde

Zamagni nennt als Beispiel die Steuerparadiese, die weltweit rapide zur Zunahme von Ungleichheit beigetragen hätten und den Staaten Steueraufkommen entzögen, die eigentlich für die gesamte Gemeinschaft nützlich wären: „Hier läßt sich ein der grundlegender Punkt dieses Pontifikats erkennen: Es geht von dem Konzept der Struktur der Sünde aus“, das in der Soziallehre der Kirche tief verwurzelt ist. Schon Paul VI. habe in seiner Enzyklika „Populorum Progressio“ 1967 betont, es gebe nicht nur individuelle Sünden, sondern auch solche, die auf wirtschaftliche und sozia-

le Strukturen zurückzuführen sind, die zu Marginalisierung und Armut führen. „Wenn es die Armen gibt, ist es auch die Schuld der Regeln des Wirtschafts- und Finanzspiels, die großen Gruppen von Menschen den Zugang zu Gütern verwehren.“

Ungleichheit kann überwunden werden

Erst im Februar 2021 wandte sich Franziskus im Rahmen einer Konferenz der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften direkt an Bankiers, Ökonomen und Finanzminister und rief dazu auf, eine „neue internationale Finanzarchitektur“ mitaufzubauen. Die Welt brauche eine Entwicklung, die die armen Länder unterstütze und ihre Schulden lindere. Bekämpft werden müssten Steuerparadiese, Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Die Welt sei nicht zu sozialer Ungleichheit oder Lähmung angesichts von Ungerechtigkeit verurteilt. „Eine reiche Welt und eine dynamische Wirtschaft können und müssen der Armut ein Ende setzen“, „kreative Antworten hervorbringen“, um die Bedürftigen einzubeziehen und zu ernähren, „anstatt sie auszuschließen“. Regierungen rief er auf, Gerechtigkeit und Gemeinwohl „gegen die Interessen der mächtigsten Unternehmen und multinationalen Konzerne“ zu verteidigen. Den Bankiers, Wirtschaftswissenschaftlern und Finanzministern aus aller Welt, die von der Päpstlichen Akademie der Sozialwissenschaften in den Vatikan eingeladen wurden, schlug er „neue Formen der Geschwisterlichkeit in Solidarität, Integration und Innovation“ vor. „Wir sind Mitwirkende am Werk des Herrn, das den Lauf der Geschichte verändern kann, für die Würde jedes Menschen heute und morgen, besonders jener, die davon ausgeschlossen sind, und für das große Wohl des Friedens.“

Die größte Struktur der Sünde

Franziskus nannte bei der Konferenz auch konkrete Zahlen und Fakten: „Die Welt ist reich, und doch wächst die Armut um uns herum. Offiziellen Berichten zufolge wird das Welteinkommen in diesem Jahr fast 12.000 US-\$ pro Kopf betragen. Dennoch leben immer noch Hunderte von Millionen Menschen in extremer Armut, ohne Nahrung, Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Schulen, Elektrizität, sauberes Wasser und angemessene und wesentliche sanitäre Einrichtungen.“ Er bekräftigte, dass „die größte Struktur der Sünde die Kriegsindustrie selbst ist, denn sie ist Geld und Zeit im Dienste

der Spaltung und des Todes“. Jedes Jahr verschwende die Welt „Milliarden von Dollar an Waffen und Gewalt - Summen, die Armut und Analphabetismus ein Ende bereiten würden, wenn sie umverteilt werden könnten“.

Human Development Report: Mensch und Planet auf Kollisionskurs

Die Covid-19-Pandemie ist die jüngste Krise, der sich die Welt gegenüber sieht, doch es wird nicht die letzte sein, wenn die Menschen ihren Griff auf die Natur nicht lockern. Das ergibt sich aus dem neuen Human Development Report (HDR 2020) mit dem Titel „The Next Frontier: Human Development and the Anthropocene“, der auch einen neuen experimentellen Index enthält, der den CO₂-Ausstoß der Länder und ihren materiellen Fußabdruck berücksichtigt (www.hdr.undp.org/en/2020-report). Rainer Falk von „Weltwirtschaft und Entwicklung“ fasst zusammen:

Neu im Bericht: die CO₂-Emissionen eines Landes und sein materieller Fußabdruck

Der neue HDR argumentiert, dass die Menschen und der Planet derzeit in eine völlig neue geologische Epoche treten, das Anthropozän oder das Zeitalter der Menschen, und es deshalb Zeit für alle Länder sei, ihren Weg zum Fortschritt neu zu gestalten, indem sie voll den gefährlichen Druck auf den Planeten in Betracht ziehen und die großen Macht- und Chancenungleichgewichte abbauen, die dem Wandel entgegenstehen.

Zur Illustration führt der Bericht versuchsweise einen neuen Blick auf seinen jährlichen Human Development Index (HDI) ein. Zur Anpassung werden in den HDI, der bislang die Gesundheit, Bildung und den Lebensstandard einer Nation misst, zwei weitere Elemente eingeführt: die CO₂-Emissionen eines Landes und sein materieller Fußabdruck. So zeigt der Index, wie sich die globale Entwicklungslandschaft ändern würde, wenn sowohl das Wohlergehen der Menschen als auch des Planeten in die Definition des Fortschritts der Menschheit einfließen.

Mit dem resultierenden Planetary-Pressures Adjusted HDI - oder PHDI - entsteht ein neues globales Bild, das eine weniger rosige, aber klarere Bewertung des menschlichen Fortschritts ermöglicht. Zum Beispiel fallen mehr als 50 Länder aus der Gruppe mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung heraus, wenn ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und ihr materieller

Fußabdruck mit bewertet werden. Die Effekte sind am größten bei den reichsten Ländern. Die Anpassung verdrängt Norwegen von dem Spitzenplatz, den es anderweitig einnehmen würde.

Die nächste Etappe der menschlichen Entwicklung wird es notwendig machen, mit der Natur und nicht gegen sie zu arbeiten, während soziale Normen, Werte, Regierungspraxis und finanzielle Anreize transformiert werden, argumentiert der Bericht. Beispielsweise sagen neue Schätzungen voraus, dass die ärmsten Länder der Welt bis 2100 wegen des Klimawandels bis zu 100 Tage mehr mit Extremwetter im Jahr erleben könnten - eine Zahl, die durch die volle Umsetzung des Pariser Klimaabkommens halbiert werden könnte.

Dennoch werden fossile Brennstoffe immer noch subventioniert: Nach Zahlen des Internationalen Währungsfonds, die im Report zitiert werden, werden die vollständigen gesellschaftlichen Kosten der öffentlichen Subventionierung fossiler Brennstoffe auf über 5 Billionen Dollar, oder 6,5 des globalen BIP, geschätzt. Wiederaufforstung und bessere Waldpflege könnten allein für rund ein Viertel der Aktionen aufkommen, die wir vor 2030 unternehmen müssten, um die globale Erwärmung unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu halten.

Indigene Gemeinschaften brauchen Mitspracherecht

Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern mit ihren tiefen Wurzeln im Kolonialismus und Rassismus bedeuten, dass Menschen, die mehr besitzen, mehr Vorteile der Natur einheimen und die Kosten exportieren, zeigt der Report. Das schränkt die Chancen von Leuten ein, die weniger haben, und verringert ihre Fähigkeit, aus ihrer Lage zu entkommen. Beispielsweise absorbiert das Land in der Amazonas-Region, das von indigenen Völkern genutzt wird, pro Kopf genauso viel CO₂ wie das reichste eine Prozent auf der Welt ausstößt.

Gleichwohl sehen sich indigene Völker fortgesetzt mit Elend, Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert und haben dem Bericht zufolge nur geringe Mitsprache bei Entscheidungen. Diskriminierung, die auf Ethnizität beruht, lässt die Gemeinschaften häufig stark betroffen zurück und setzt sie hohen Risiken wie Giftmüll oder exzessiver Verschmutzung aus - ein Trend, der sich in städtischen Regionen auf allen Kontinenten zeigt, argumentieren die Autoren des Berichts. Deshalb ist eine Lockerung des planetarischen Drucks auf eine Weise erforderlich, die alle Menschen befähigt, von diesem neuen Zeitalter zu profitieren, das den Abbau der groben

Macht- und Chancenungleichgewichte notwendig macht, die der Transformation im Weg stehen.

Öffentliches Handeln, so argumentiert der Report, kann gegen diese Ungleichheiten vorgehen, sei es mit zunehmender progressiver Besteuerung oder dem Schutz der Küstenbevölkerung durch vorsorgende Investitionen und Versicherung – Maßnahmen, die das Leben von 840 Millionen Menschen retten könnten, die entlang der niedrig gelegenen Küstenstriche leben. Doch solche Aktionen müssen durch konzentrierte Anstrengungen vorangetrieben werden, damit sie die Menschen nicht weiter gegen den Planeten ausspielen.

„In der nächsten Etappe der menschlichen Entwicklung geht es nicht um die Wahl zwischen Menschen oder Bäumen, sondern darum anzuerkennen, dass menschlicher Fortschritt heute durch ungleiches, CO2-intensives Wachstum vorangetrieben wird“, sagt Pedro Conceição, der Leitautor des Berichts. „Durch den Kampf gegen Ungleichheit, Nutzung von Innovationen und Arbeiten mit der Natur könnte die menschliche Entwicklung eine transformatorischen Schritt nach vorne machen und die Gesellschaften und den Planeten gemeinsam unterstützen.“

USA: Klimakrise und Evangelikale

Die Mehrheit der evangelikalen Christen und Christinnen in den USA zweifelt einen von Menschen verursachten Klimawandel an, auch aus religiösen Gründen. Doch es gibt evangelikale Umweltaktivisten, die den Kurs in ökologischen Fragen von US-Präsident Biden in Teilen unterstützen, wie die New York Times berichtet. Seit Jahren wird in den US-Medien darüber spekuliert, wann die konservative Festung der Millionen weißen Evangelikalen ins Wanken gerät. Nach den irritierenden Amtsjahren von Donald Trump und dem teilweisen Rückzug von jungen Gläubigen könne es 2021 zu einem neuen Trend kommen: Vielleicht werden manche Evangelikale einige Initiativen des neuen Präsidenten Joe Biden nicht von vornherein verwerfen. Beispiele sind die Themen Immigration und Klimaschutz. Doch trotz dieser neuen Tendenz stimmten bei der Wahl am 3. November laut einer Nachwahlumfrage des Instituts Edison Research noch 76 Prozent der weißen Evangelikalen für Trump – etwa ebenso häufig wie 2016 – und 23 Prozent für Biden. In den USA sind die weißen Evangelikalen seit den 80er Jahren ein mächtiger und politisch aktiver Block, auch wenn sie nicht immer mit einer Stimme sprechen. Bei Anliegen wie den Themen

Coronavirus, Polizeigewalt, Rassismus oder Klimaschutz stehen sie eher im Hintergrund.

Geschätzte 15 bis 20 Prozent der US-AmerikanerInnen gelten als weiße evangelikale Christen. Sie sind von ihrem Glauben überzeugt, in ihren Wohnorten verwurzelt und gut organisiert.

Evangelikale meist "republikanische Echokammern"

Biden`s Umwelt- und Klimateam findet Beifall bei Umweltverbänden – auch beim Evangelical Environmental Network (EEN), einer evangelikalen Organisation zur „Erhaltung der Schöpfung“. Man müsse Millionen Arbeitsplätze schaffen und die Klimakrise bewältigen, betonte Mitchell Hescoc für das EEN.

Die bisherige weitgehende Ignoranz der Evangelikalen beim Thema Klimaschutz hat mehrere Gründe. Zum einen stehen weite Kreise konservativer Christen der Wissenschaft schon immer skeptisch gegenüber. In Teilen des Evangelikalismus hält sich zudem ein Schöpfungsglauben, dem zufolge die Erde nur mehrere Tausend Jahre alt ist. Daher wird bestritten, dass der Klimawandel durch Menschen verursacht sein kann.

Viele evangelikale Kirchen seien im Übrigen "republikanische Echokammern geworden", so die Religionssoziologin Nancy Ammerman von der Boston Universität im Umweltfachdienst insideclimateneews.org. Die Mehrheit der Gläubigen wisse nicht, wie man "das bibelgläubige Christentum und Republikaner-Sein entwirren kann".

OeRK: Neuer Wahltermin für GeneralsekretärIn festgelegt

Der OeRK beschloss, den Zentralausschuss, das Parlament des Weltkirchenrats, vom 23. bis zum 29. Juni 2021 als virtuelle Tagung einzuberufen.

Für die anstehende Generalsekretärswahl soll Anfang 2022 eine Präsenzveranstaltung stattfinden. Der Arbeitsvertrag mit Dr. Ioan Saucă als geschäftsführender Generalsekretär wurde bis Ende Dezember 2022 verlängert.

Brasilien: Jair Bolsonaro könnte in Den Haag wegen des Amazonas- Regenwaldes angeklagt werden

Indigene Leitungspersonen und Menschenrechtsgruppen beschuldigen den brasilianischen Präsidenten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, seit Bolsonaros Amtsantritt 2019 seien weite Teile des Regenwaldes zerstört und tra-

ditionelle Gemeinschaften bedroht worden. Jair Bolsonaro könnte dafür vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) angeklagt werden, nachdem ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden. Der Gerichtshof wurde aufgefordert, gegen den brasilianischen Präsidenten wegen seiner Demontage der Umweltpolitik und der Verletzung der Rechte der Indigenen zu ermitteln, was ihrer Meinung nach auf einen Ökozid hinausläuft. William Bourdon, ein in Paris ansässiger Anwalt, reichte einen Antrag auf eine Voruntersuchung beim Tribunal im niederländischen Den Haag ein. Es gebe keine Frist für eine Entscheidung, aber „es ist eine Angelegenheit von großer Dringlichkeit“, sagte Bourdon, „mit Blick auf die Verwüstung des Amazonas, rennen wir gegen die Uhr.“ Das von der UNO unterstützte Gericht hat seit seiner Gründung im Jahr 2002 hauptsächlich über Fälle von Völkermord und Kriegsverbrechen entschieden. Nachdem es jedoch mit Kritik konfrontiert wurde, beschloss es 2016, Straftaten in einem breiteren Kontext zu beurteilen, was auch große Umwelt- und Kulturverbrechen einschließen könnte.

Bourdon glaubt, dass dieser Fall dazu führen könnte, dass Bolsonaro wegen Ökozid angeklagt wird, ein Begriff, der definiert ist als das Verursachen von ernsthaftem und dauerhaftem Schaden für die Umwelt und die Menschen. Der Anwalt hat den Fall im Namen der indigenen Häuptlinge Almir Suruí und Raoni Metuktire eingereicht.

Mehrere Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen und Anwälte aus den USA, Brasilien und Frankreich haben ebenfalls an dem der Klage zugrunde liegenden 68-seitigen Bericht mitgearbeitet, in dem die mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschrieben sind. Er umfasst Fälle von Mord, Zwangsumsiedlung und Verfolgung indigener Völker in Brasilien.

Amazonas-Regenwald am Kipppunkt

Wissenschaftler haben davor gewarnt, dass Bolsonaros zerstörerische Politik den Amazonas-Regenwald an einen irreversiblen Kipppunkt bringen könnte, der weite Teile des tropischen Waldes in Savanne verwandelt. Dies würde es unmöglich machen, den Klimawandel zu kontrollieren.

„Bolsonaro ist nicht nur ein Risiko für die indigenen Völker, er ist zu einem globalen Problem geworden, denn was er hier tut, hat Auswirkungen auf den Planeten“, sagte Sônia Guajajara, die Vorsitzende der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens. „Er

begeht ein Verbrechen nach dem anderen gegen die Völker des Waldes und gegen die Umwelt.“

OeRK wehrt sich: Falsche Medienberichte über BDS und Israel

Der OeRK hat die Korrektur eines Artikels von Dexter Van Zile im Allgemeinen Journal (10. Februar 2021) verlangt, in dem der OeRK unter den Unterstützern der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) gegen Israel aufgeführt wurde.

„Dieser Artikel ist nicht korrekt“, sagte OeRK-Interims-Generalsekretär Dr. Ioan Sauca. „Der OeRK hat nie zu einem wirtschaftlichen Boykott des Staates Israel aufgerufen“, stellt er fest, „sondern arbeitet mit Kirchen und anderen Organisationen für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel mit allen möglichen gewaltfreien, politischen und diplomatischen Mitteln.“ Pfr. Frank Chikane, der in dem Artikel zitiert wird, ist ein hochangesehener Kirchenführer aus Südafrika, der im Kampf gegen das Apartheid-System in seinem Land eine wichtige Rolle gespielt hat. Aktuell ist er Vorsitzender der OeRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten (CCIA), die die OeRK-Führung in diesem Bereich berät. „Man hatte mich als Südafrikaner und nicht als Vertreter des OeRK oder der CCIA gebeten, aus ganz persönlicher Sicht etwas über den Start eines Filmes über das Leben und Wirken von Patriarch Michel Sabbah zu sagen“, bestätigt auch Pfarrer Chikane. „Worüber ich bei der Veranstaltung geredet habe, waren meine eigenen Ansichten und Gesichtspunkte, die auf meiner Erfahrung in Südafrika beruhen. Ich weise die Behauptungen entschieden



Photo © EAPPI/OeRK

Eine Freiwillige des EAPPI-Programms des OeRK hilft in der Olivenernte bei Al Makhbrou, Bethlehem

zurück, dass ich ‚Israel und seinen Unterstützern den Krieg erklärt‘ und ‚einen feindseligen [...] Angriff auf die Legitimität des jüdischen Staates‘ befördert hätte.“

Weltsozialforum: Befreiungstheologie beteiligt

Das Weltsozialforum 2021 fand virtuell vom 23. bis 31. Januar statt und befasste sich mit den miteinander verknüpften globalen Krisen der COVID-19-Pandemie, der wirtschaftlichen Notlage und des Klimanotstands. Religiöse Gruppen begleiten diesen Prozess weiterhin, indem sie Diskussionen über Theologien der Befreiung organisieren.

„Der Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens ist ein Aufruf an die Kirchen, sich mit den Gemeinschaften zu solidarisieren, die für wirtschaftliche und soziale Rechte, Rassen- und Gendergerechtigkeit und den Schutz der ökologischen Gemeingüter kämpfen“, sagte der Interims-Generalsekretär des OeRK, Ioan Sauca. „Das Weltsozialforum ist ein wichtiger Raum, um auf ihre Stimmen zu hören und Solidarität auszudrücken und zu praktizieren.“

Pierre George, der Caritas International auf dem Weltsozialforum vertrat, meinte: „Als glaubensbasierte Organisationen sind wir mit der Entwicklung einer sozialen und politischen Kultur des Aktivismus und der Ermächtigung der Volksorganisation verbunden, und wir sind gut aufgestellt, um zu sehen, wie religiöse Überzeugungen zu sozialen und politischen Praktiken inspirieren und führen können“, sagte er. „Auch können wir darauf bestehen, dass die zugrundeliegenden Werte, die in den Prinzipien des Weltsozialforums zum Ausdruck kommen, mit der Würde des Menschen und der Achtung der Schöpfung übereinstimmen.“

Im Rahmen des Weltsozialforums haben der OeRK und kirchliche Gruppen am 29. Januar eine Online-Diskussion zum Thema „Covideconomics für eine Ökonomie des Lebens und der Klimagerechtigkeit“ veranstaltet.

Vatikan: Atomwaffen müssen geächtet werden

Bis zur Verabschiedung des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen (TPAN) im Jahr 2017 habe kein internationales Rechtsinstrument existiert, das solche Waffen ausdrücklich verboten hätte, sagte der vatikanische Sekretär für die ‚Beziehungen zu den Staaten‘, Gallagher. Sein Inkrafttreten schließe

nun „die Lücke zwischen den verschiedenen Arten von Massenvernichtungswaffen.“ Hauptziel des Vertrages sei es, „Atomwaffen eindeutig zu verbieten und sie in die gleiche Kategorie zu stellen wie andere Massenvernichtungswaffen, die bereits verboten sind, etwa chemische und biologische Waffen“. Mit dieser neuen Kategorisierung seien Atomwaffen nun Waffen, „deren Einsatz und Besitz immer wieder gebrandmarkt und für unrechtmäßig erklärt werden muss“, sagte der Erzbischof gegenüber Vatikanmedien.

Gallagher, „Außenminister“ des „Heiligen Stuhls“, warb für eine - im Vertrag verankerte - breite Friedenserziehung im Sinn einer „Bewusstseinsbildung über die Risiken und Folgen von Atomwaffen für die gegenwärtige und die zukünftige Generation“. Bildung und Bewusstseinsbildung trügen dazu bei, „das Mosaik einer atomwaffenfreien Welt zusammensetzen“. Es gelte eine Kultur zu schaffen, „die solche Waffen ablehnt“, und das sei „eine Kultur des Lebens und des Friedens.“

Konzept der ‚Sicherheit‘ überdenken

Zum Thema nukleare Abschreckung sagte der Erzbischof, gerade die Corona-Pandemie sei in diesem Punkt lehrreich. Sie zeige nämlich auf, wie wichtig es ist, „unser Konzept der Sicherheit zu überdenken“. Internationaler Frieden und Sicherheit könnten nicht auf der Androhung gegenseitiger Zerstörung oder totaler Vernichtung beruhen, noch auf der Aufrechterhaltung eines ‚Machtgleichgewichts‘ oder der Regelung politischer Beziehungen, indem man „die Stärke des Rechts“ durch das „Recht des Stärkeren“ ersetze.

Frieden und Sicherheit müssten auf Dialog und Solidarität aufgebaut werden, auf Gerechtigkeit, auf der Achtung der grundlegenden Menschenrechte und auf der Bewahrung der Schöpfung.

Über die nukleare Abschreckung hinausgehen

Es gelte, „über die nukleare Abschreckung hinauszugehen“, erklärte Gallagher. „Diese Strategie kann nur durch einen Dialog aufgebaut werden, der fest auf das Gemeinwohl und nicht auf den Schutz verschleierner oder einseitiger Interessen ausgerichtet ist.“

Bei Meldungen aus der internationalen Ökumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, LWI, RWF, CEC, RNA, RV und KIPA ausgewertet.

Aus oekumenischen NETZEN

► Rhein-Mosel-Saar

Frage nach befreiter Gesellschaft

Die zahlreichen Zerstörungen von Mensch und Natur führen es täglich vor Augen: eine Überwindung des Kapitalismus als globale Gesellschaftsform ist in Theorie und Praxis notwendig. Dazu erscheint eine neue Veröffentlichung des Oekumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar.

Um Theorie und Praxis nicht als Polaritäten gegeneinander auszuspielen, sondern sie dialektisch in einem zunächst nicht auflösbaren Spannungsverhältnis zu verstehen, muss es darum gehen, beide in ihren Eigenlogiken, Bedingt- und Vermitteltheiten in den Blick zu nehmen und dabei die Frage einer ‚befreiten Gesellschaft‘ immer wieder neu zu stellen. Dazu sind in diesem Sammelband mehrere Texte von verschiedenen AutorInnen auf 484 S. zusammengestellt worden.

In der Sammlung wird das Verhältnis von Theologie und Gesellschaftskritik bedacht. Damit wird eine Tradition des Oekumenischen Netzes und kritischer TheologInnen fortgeführt, für die Glaube, Kirche und Theologie leidempfindsam und in ihrer gesellschaftlichen Zeitgebundenheit zu begreifen sind.

Das Buch (mit Abbildungen) kann gegen eine Spende bestellt werden.

Zusammenhänge des Klimawandels

Die ökumenische Projektgruppe „Kapitalismus verstehen und überwinden“ von KAB und pax christi Trier sowie Oekumenischem Netz veranstaltete am 27. Februar ein ganztägiges Online-Seminar, zu den tieferen Zusammenhängen des Klimawandels.

Dazu referierten Dr. Athanasios Karathanassis von der Uni Hannover, der die Entwicklungsgeschichte des ökonomischen Wachstums, seine Ideologie und die Widersprüche von kapitalistischer Ökonomie und Natur darstellte. Frau Clara Mayer von Fridays for Future Berlin, stellte das politische Konzept der Klimabewegung und die Zusammenhänge der Klimakrise mit anderen Krisenerscheinungen vor. Der Journalist Tomasz Konicz sprach über die selbstzerstörerischen Systemzwänge des Kapitalismus, die es unmöglich machen, eine umwelt- und menschengerechte Politik und Ökonomie umzusetzen.

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein - Mosel - Saar e.V., Dominik Kloos, Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel. 0261-89926284, E-Mail: info@oekumenisches-netz.de, www.oekumenisches-netz.de

► Rheinland

Auslandsarbeit der EKD in jeweiligen örtlichen ökumenischen Kontext überführen

In einem Memorandum anlässlich der Vollversammlung des Oekumenischen Rats der Kirchen (OeRK) 2022 in Karlsruhe befassen sich die Solidarische Kirche im Rheinland (SoKi) und der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) kritisch mit den Strukturen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Hinblick auf Oekumene und Auslandsarbeit.

Das Memorandum nimmt ernst, dass der OeRK-Exekutivausschuss angesichts von zunehmendem Rassismus weltweit beschlossen hat, die Überwindung von Rassismus in den Vorbereitungen auf die nächste Vollversammlung 2022 zu einem wichtigen Arbeitsschwerpunkt zu machen.

Die augenblicklichen Reformvorstellungen der EKD sind enttäuschend. In dem von ihrer Synode im November 2020 verabschiedeten Reformpapier „Hinaus ins Weite - Kirche auf gutem Grund“ kommt die weltweite Oekumene gar nicht in den Blick und der OeRK wird nicht einmal erwähnt.

Besonders an ihrer sogenannten „Auslandsarbeit“ d.h. an ihrem „Dienst an evangelischen Christen deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland“, wird sichtbar, wie sehr die EKD in kolonialen und tradierten Strukturen verharrt.

Das Memorandum weist auf die Entstehung dieser Arbeit vor allem in der Kolonialzeit hin und auf das verhängnisvolle Bündnis, das dadurch mit der Kolonialmacht eingegangen wurde. In dieser Zeit kam es zu dem bis heute weder in Politik noch Kirche aufgearbeiteten Völkermord an den Herero und Nama.

Bei ihrer Neugründung nach dem II. Weltkrieg griff die EKD mit der Auslandsarbeit auf die kolonialen Strukturen ihrer Vorgängerorganisationen zurück. Sie baute sie neben und außerhalb der vom OeRK neu gewährten ökumenischen Gemeinschaft rasant aus und machte sie zu einem gewichtigen Faktor in der Gesamtarbeit der EKD.

Die Parallelstruktur „ökumenischer“ Beziehungen trägt dazu bei, dass sich die EKD der ökumenischen Gemeinschaft weitgehend entzieht. Sie weicht auf die Arbeit mit den Auslandsgemeinden als vorgeblich ökumenische Arbeit aus.

Forderungen an die EKD

- die sogenannte Auslandsarbeit in ihrer jetzigen Gestalt aufzulösen
- die Auslandsarbeit in einen ökumenischen Kontext in Gemeinschaft mit der jeweils örtlichen oder regionalen, beziehungsweise der weltweiten Oekumene zu überführen.
- die strukturelle und praktische Geringschätzung des OeRK zu beenden und stattdessen ernsthaft und engagiert der Verpflichtung nachzukommen, die sich aus der Mitarbeit in der ökumenischen Gemeinschaft und der Mitgliedschaft im OeRK ergibt.

Kontakt: Solidarische Kirche im Rheinland, c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln; soki.rheinland@arcor.de www.solidarischekirche.de, Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika c/o Dr. Markus Braun, Simrockstr. 21, 50823 Köln, marx-braun@gmx.de. (Das vollständige Papier befindet sich auf der Website der Solidarischen Kirche: <https://solidarischekirche.de/>)

► Württemberg

Ein kleinwüchsiger Philanthrop als Vorbild

Ein württembergisches „Forum Oekumene“ zum „Zachäus -Appell“ fand mit Martin Gück von „Kairos Europa“ statt.

Er war ein übler Betrüger, doch seine innere Umkehr zum Menschenfreund war keine Presseshow. Die Hälfte seines Vermögens hat er an die Armen verschenkt, und wer von ihm betrogen worden war, dem gab er freiwillig das Vierfache zurück. Die Rede ist vom kleinwüchsigen Zöllner Zachäus nach Lukas 19,1-10. Was ihn total umgekrempelt hatte, war die persönliche Begegnung mit Jesus. Nun ist der einst so korrupte Philanthrop zur Leitfigur des „Zachäus-Projekts“ geworden.

Zachäus hat freiwillig gehandelt. Beim ökumenischen Zachäus-Projekt geht es hingegen um eine weniger freiwillige, aber gerechte Besteuerung. Doch hat Zachäus zurückgegeben, was ihm eigentlich nicht gehörte. Auch die Länder des globalen Südens leiden darunter, dass ihnen vieles zu Unrecht genommen wurde – durch Kolonialismus, Sklaverei und ungerechte Handelsstrukturen.

Der Zachäus-Appell habe eine lange Vorgeschichte, erläuterte Gück in der virtuellen Veranstaltung. Schon vor 25 Jahren habe eine Konsultation des Reformierten Weltbundes in Sambia diskutiert, wie sich die Christen zur weltweiten Ungerechtigkeit als Kirchen verhalten. Ist dies eine Bekenntnisfrage, die ein öffentliches Zeugnis nötig macht?

Wiederbelebung durch die Finanzkrise

Die Finanzkrise von 2008 führte dazu, dass der Reformierte Weltbund das

Thema wieder aufgriff. So entstand die weltweite Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit der ökumenischen Initiative „New International Financial and Economic Architecture“ (NIFEA). Sie wurde im Juli 2019 bei den Vereinten Nationen in New York vorgestellt und will zugleich die Ungleichheit und den Klimawandel bekämpfen. Dabei hat sie zwei Stoßrichtungen: Zum einen will sie innerhalb der Kirchen das Bewusstsein fördern, zum andern über eine Lobby Spitze Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Zu den Forderungen gehören eine progressive Vermögenssteuer, wie sie der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty vorgeschlagen hat, und eine sofortige Finanztransaktionssteuer.

Aufruf an deutsche Kirchen

Die 59 Teilnehmer des virtuellen Forums griffen Gücks Aufruf an die Kirchen sofort auf. Die Debatte um Steuergerechtigkeit müsse in den deutschen Kirchen aus dem Hintergrund hervortreten.

Es sei nötig, eine kritische Masse zu schaffen, mit den Kirchen als Agenten des Wandels. Zuerst sollten die Kirchen endlich ihr eigenes Beschaffungswesen komplett ökologisch und sozial ausrichten, forderte ein Teilnehmer - derzeit liege der Anteil an fair gehandeltem Kaffee in den Kirchen bei vielleicht zehn Prozent.

PETER DIETRICH
(Redaktionell bearbeitet, OID)

Herausforderung Pfingstbewegung

Das nächste „Forum Oekumene“ ist am Montag, den 21. Juni von 18 bis 20 Uhr geplant. Prof. Claudia Jahnelt spricht zur „Pfingstbewegung als Herausforderung für die akademische Theologie“.

Das „Forum Oekumene“ ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von Pro Oekumene Württemberg, Dienst für Mission und Oekumene, Evangelische Mission in Solidarität und Evangelische Studierendengemeinde Tübingen.

Das Erbe Philip Potters

Pro Oekumene plant eine Veröffentlichung mit dem Titel „Das Erbe Philip Potters“. Anlässlich des 100. Geburtstags von Philip Potter am 19.08.2021 sollen unter Federführung von Werner Gebert die Stationen seines Lebens vermerkt werden. Vor allem soll vermittelt werden, was aus seinem Denken für die Gegenwart und Zukunft von Bedeutung sein könnte. Die 30-seitige Broschüre wird von Pro Oekumene in enger Zusammenarbeit mit einigen ökumenischen Basisgruppen und FreundInnen

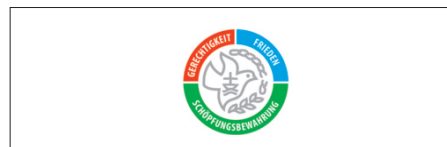
von Philip Potter erstellt werden und voraussichtlich im Juni erscheinen.

Es gibt zwar einige Bücher über Philip Potters Leben und seine Vorträge, doch ist in den Kirchen und Gemeinden kein klares Bild über ihn als Kirchenvater und großen Ökumeniker vorhanden. Die Fülle dessen, was er angestoßen und verwirklicht hat, könnte das Denken vieler Gemeindeglieder neu beleben und in die Richtung einer umfassenden Oekumene lenken. Das Heft könnte dazu beitragen, die Ökumene als Grundlage und Ziel der Kirche neu zu entdecken, die Bibelarbeit als Grundlage kirchlichen Selbstverständnisses zu pflegen, Militarismus, Sexismus, Rassismus, Gewalt, Gier zu entgöttern, Ideen wie etwa team visits zu verwirklichen, die Studienarbeit des OeRK zur Kenntnis zu nehmen, dem ökumenischen Pazifismus Geltung zu verschaffen, den Dialog mit anderen Religionen wieder aufzunehmen, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu fordern.

Durch die Auseinandersetzung mit Philip Potters Werk könnte der Konziliare Prozess als theologische Grundlage des Protestantismus an Klarheit, Breite und Tiefe gewinnen.

Kontakt: Pro Oekumene, c/o Pfr.i.R. Dr. Bernhard Dinkelaker, c/o Holzweidenstr. 7, 70794 Filderstadt, Tel. 0711 777321, Mobil 0173 9968692, E-Mail Pro Oekumene. "Das Erbe Philip Potters" über: euw.gebert@t-online.de

► Oekumenischer Ratschlag



Basisökumene zu OeKT und OeRK

Eigentlich sollte der Ratschlag in der Hoffnungsgemeinde in Frankfurt a. M. stattfinden. Erst ganz normal menschlich und leibhaftig, dann in einer hybriden Mischform - schließlich lief alles am 4. November 2020 zum ersten Mal - digital ab.

Auf dem Programm standen "Beiträge der Basisökumene zum 3. Ökumenischen Kirchentag (OeKT) in Frankfurt und die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 2022 in Karlsruhe.

Neben den schon eingereichten Veranstaltungen beim OeKT ging es auch um Solidarische Ökonomie, die Grundüberzeugungen von Seoul, Kommunale Oekumene in Berlin und die Fortschreibung des Petitioms, einem Positionspapier des OeNiDs auf dem Weg nach Karlsruhe.

Coronabedingt gab es auch Vorteile, mussten sich die Teilnehmenden aus ganz Deutschland nicht eigens auf den

Weg machen und Prof. Fernando Enns und Dr. Marc Witzelbacher selbst waren nicht unterwegs und konnten deshalb an der Tagung teilnehmen.

Prof. Fernando Enns arbeitete in seinem Impuls über mögliche zukünftige Schwerpunkte der Arbeit des OeRKs vier verbindende Themen heraus, die, wenn man sich mit den Gemeinschaften trifft, immer wieder genannt werden: Wahrheit und Trauma, Land und Vertreibung, Geschlechtergerechtigkeit und Rassismus. Nur eine Theologie der Partnerschaft wird Trennendes innerhalb der weltweiten Oekumene überwinden können; mögliche unüberwindbare Gräben werden nicht mehr an theologischen Unterschieden im Tauf- und Abendmahlsverständnis, sondern an ethischen Fragen wie der Gender-Thematik festgemacht werden. Das Thema Rassismus kommt in jedem Kontext vor und es beginnt endlich auch ein langsamer Reflexionsprozess über das Weißsein und die Vorherrschaft der Weißen und ihrer fortwährenden Privilegien, der bisher in der Theologie keine Rolle spielte. Dabei geht es nicht nur um Selbstreflexion, sondern auch um die Dekolonisierung des Verstehens und um die Überwindung von epistemischer Gewalt. Mit der Hoffnung, dass der OeRK die Kraft gewinnt sich weiter zu dekolonisieren, ist der Wunsch verbunden, dass die Stimme der Indigenen unüberhörbar als eine Stimme der Oekumene gehört wird, der nicht nur ein Quotenplatz angeboten wird, sondern ökumenisches Gewicht beigemessen wird.

Dr. Marc Witzelbacher brachte die Teilnehmenden auf den neuesten Stand der Vorbereitungen in Karlsruhe. Die Vollversammlung findet am 31.08. - 08.09.2022 statt. Im Juni '21 trifft sich der Zentralausschuß und ab September '21 ist die Registrierung für Teilnehmende geöffnet. Für die weitere Planung haben sich für das Assembly Planning Committee sieben Megatrends herauskristallisiert:

- COVID 19 und die Folgen für Kirche und Gesellschaft
- Klimawandel
- Rassismus und wachsende ökonomische Ungerechtigkeit
- Gefahr für Demokratie durch autoritäre Regime
- Fragen der Digitalisierung
- Wachsende Militarisierung
- interreligiöses Miteinander

Norbert Bernholt stellte die fertige Ausstellung der Akademie für Solidarische Ökonomie vor (vgl. nächste Seite) und Juliane Peschel-Pactzold die Berliner Stadtteil Oekumene als Teil des OeNiD - Angebotes auf dem 3.OeKT vor. Des weiteren wurde an einer Netzwerk-Initiative Christen für

den Wandel für nachhaltiges Leben auf der Erde gearbeitet, das Pfr. Carsten Röhr am Herzen liegt.

Am hauseigenen "Petitum" für eine ökumenische Dekade zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung wurde engagiert und kontrovers gefeilt, um es als Arbeitsgrundlage auf dem Weg nach Karlsruhe noch wirkräftiger werden zu lassen.

Zu allerletzt: Nur ca. 17% der Deutschen sind im Besitz von Aktien. Trotzdem bekommt die Börse zur besten Sendezeit in den öffentlich rechtlichen Medien, kurz vor der Tagesschau in der ARD mit dem Namen "Börse - vor 8 im Ersten" - Zeit und Platz.

Der Sendeplatz könnte besser dazu genutzt werden, über die Fortschritte der Agenda 2030 oder die Erfüllung der SDGs zu berichten; denn Nachhaltigkeit und das Überleben dieses Planeten geht uns alle an. Deshalb: "Nachhaltig - vor 8 im Ersten" - vielleicht ab 2022.

MATTHIAS STÖCKERMANN

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland, Oekumenischer Ratschlag, c/o Büro der kommunalen Oekumene, Rudower Str. 23, 12557 Berlin, Tel.: 030/46734594

► Akademie solidarische Ökonomie



Wendezeit - Die Zeichen der Zeit erkennen

Für die Akademie Solidarische Ökonomie hat deren Mitglied Pfr. Bernd Winkelmann ein Votum für die Vollversammlung des OeRK 2022 entworfen.

Damit will die Akademie den kirchlichen Verantwortungsträgern einen Anstoß geben, sich der Krisenentwicklung unserer Zeit ernster zu stellen und diese als eine mögliche „Wendezeit“ zu greifen.

Ein Symptom dieser Krisenentwicklung „ist die imperiale Wirtschafts- und Lebensweise der reichen Industrieländer. Ihr Wohlstand ist zum größeren Teil nicht durch ihre eigene Leistung erarbeitet, sondern durch die Ausplünderung der Natur und durch die Ausbeutung anderer Völker.“

Namhafte Wissenschaftler unserer Zeit sind sich einig: „Wenn sich die ökologischen und sozialen Krisenentwicklungen weiter zuspitzen, wird es in naher Zeit zu apokalyptischen Zusammenbrüchen der menschlichen Zivilisation kommen.“

Die Menschheit steht heute in einer „Schwellensituation“: Entweder es gelingt uns eine tiefgreifende Änderung

der vorherrschenden Wirtschafts- und Lebensweise oder es kommt zu diesen Zusammenbrüchen.

Entscheidend ist es, das verkehrte Ziel der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu erkennen. Es liegt im Profit- und Gewinnmaximierungsprinzip. Die Bereitstellung nützlicher Produkte, Dienstleistungen und sinnvoller Arbeitsplätze sind nur Mittel zum Zweck der Gewinnmaximierung. Aus dieser Mittelzweckverkehrung kommen die ausbeuterische Funktion dieser Wirtschaftsweise und ihr Wachstumszwang.

Mit diesem Wachstumszwang hat unsere Wirtschafts- und Lebensweise die planetarischen Grenzen unseres Ökosystems um ein Vielfaches überschritten (Ökologischer Fußabdruck) und gefährdet den Fortbestand der Menschheit.

Statt einer Wachstumsökonomie eine Gleichgewichtsökonomie

Als Alternative werden die Konturen einer Postkapitalistischen Ökonomie skizziert. In ihr geht es um die Umkehrung der wirtschaftlichen Leitvorstellung: „Nicht Gewinnmaximierung und Kapitalanhäufung in der Hand weniger kann das Leitziel wirtschaftlichen Handelns sein, sondern die Bereitstellung nützlicher Produkte und Dienstleistungen und die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze.“ Dabei geht es nicht um nachträgliche Umverteilung der Reichtümer von oben nach unten und nicht um nachträgliche ökologische Reparaturen, sondern durch den Umbau der Wirtschaft sollen die ökosozialen Fehlentwicklungen erst gar nicht entstehen.

Die kapitalistische Wachstumsökonomie muss unbedingt in eine Gleichgewichtsökonomie transformiert werden, die sich auf unter 100% der ökologischen Belastungsgrenze einpendelt.

Das geht nur mit einer zwischenzeitlichen Schrumpfungsökonomie und mit einem Verzicht auf Wohlstandsprivilegien der reichen Industriestaaten, die durch die Ausplünderung der Natur und Ausbeutung anderer Völker erzielt werden. Und das geht nur durch einen tiefgreifenden mentalen Wandel, der die materialistisch-egoistische Lebensart hinter sich lässt.

Avantgarde für „Ökonomie des Genug“

Hier haben Christen ihre besondere Aufgabe. Sie sollten eine Avantgarde für eine „Ökonomie des Genug“ sein. Die Kirchen sollten die Zeichen der Zeit erkennen und den Mut haben, in Analogie zur „Absage an Geist, Logik und Praxis der atomaren Abschreckung“, die die DDR-Kirchen gewagt haben, sich heute klar zu einer „Absage an Geist, Logik und Praxis der kapitalistischen Wirtschaftsweise“ zu bekennen. In Folge der alttestamentlichen Schalomverheißungen kann in den Zusammenbrüchen unserer Zeit die Chance einer „Wendezeit“ erkannt werden, in der von Gott her eine neue Gerechtigkeit kommen will. Mit dieser Entschiedenheit hätten die Kirchen „ein Wort zu sagen, dass die Welt aufhören lässt“, so Carl Friedrich von Weizsäcker in seinem Anstoß zum Konziliaren Prozess der Kirchen 1985.

BERND WINKELMANN

Das gesamte Votum mit ca. 6 Seiten kann beim AUROR per E-Mail abgerufen werden: Bernd.Winkelmann@web.de; www.winkelmann-adelsborn.de

Ausstellung „Bilder einer solidarischen Welt“

Im Rahmen der Wandelwoche Lüneburg wurde im Oktober 2020 ein Teil der Ausstellung „Bilder einer solidarischen Welt“ präsentiert. Die Ausstellung stellt anschaulich Grundzüge einer neuen solidarischen Gesellschaft vor. Sie beschreibt zudem Beispiele für eine bereits heute gelebte solidarische Gesellschaft. Die Ausstellung enthält viele interaktive Elemente, Bilder, kurze Texte, Filme und Texte bzw. Geschichten zum Hören. Die Botschaft lautet: „Eine solidarische Gesellschaft ist möglich – wir müssen nur anfangen sie zu leben“.

Die Ausstellung wird – wenn Covid 19 dies zulässt – im Frühjahr 2021 im städtischen Museum Lüneburg und im Rahmen des ökumenischen Kirchentags im Mai zu sehen sein. Die Ausstellung wird (auch in Teilen) den Gemeinden angeboten. Zusätzlich zur Ausstellung gibt es eine Homepage, (<https://bilder-einer-solidarischen-welt.de/>) auf



Die Ausstellung „Bilder einer solidarischen Welt“

der zu den einzelnen Themen Texte und Materialien zu finden sind, außerdem ein Ausstellungsreader, der als pdf heruntergeladen oder als Broschüre bei der Akademie solidarische Ökonomie bestellt werden kann.

Kontakt: Akademie solidarische Ökonomie, c/o Norbert Bernholt, Am Butterberg 16, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/7217450, E-Mail: nbernholt@t-online.de

► ARGE Schöpfungsverantwortung (Österreich)

Bei den SDGs (Sustainable Development Goals) besteht in Kirche und Gesellschaft Handlungsbedarf

Aus einer im November 2020 durchgeführten Umfrage der österreichischen ARGE Schöpfungsverantwortung zur Entwicklung der SDGs in der Kirche geht hervor, dass deren Bekanntheitsgrad gering ist und sie wenig Niederschlag im Alltag und der Bildungsarbeit finden. Die Chance einer Verknüpfung der SDGs mit dem kirchlichen Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung wird vielfach übersehen. Einschlägige SDG-Projekte der ARGE sollen Abhilfe schaffen.

Die SDGs sind nur bei der Hälfte der Befragten bekannt oder aktiv in Umsetzung. Etwa 25 % können mit den SDGs nur wenig anfangen, einem weiteren Viertel sind diese gar nicht bekannt.

Ähnlich sieht die Situation beim 1983 vom World Council of Churches initiierten „Konziliaren Prozess“ für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aus; auch dieser ist nahezu der Hälfte der Befragten unbekannt.

Bei den Befragten findet die Umsetzung der SDGs vor allem beim Einkauf, in der Familie, bei der Energieversorgung und bei der eigenen Mobilität statt. Lediglich 24% der Befragten gaben an, dass sie die Ziele in der Pfarrei oder in der Politik umsetzen.

Die Befragten gaben an, dass durch gezielte Zusammenarbeit mit anderen Verantwortungsträgern und Sensibilisierung sowie auch eine entsprechend verbesserte Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation beigetragen werden könnte.

Um dem verbleibenden Zeitraum bis 2030 zur Erfüllung des UN „Welt-Zukunftsplanes“ die nötige Dynamik zu verleihen, leistet die ARGE Schöpfungsverantwortung im Rahmen des Projektes „Mit den SDGs den WANDEL mitgestalten“ Hilfestellung auf allen Ebenen des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens – in Form von Bildungsarbeit und Umsetzungsprojekten!

Kontakt: ARGE Schöpfungsverantwortung, A 1010 Wien, Peterskirche, Petersplatz 1, Tel.: 043 660 76 000 08, E-Mail office@argescoepfung.at, https://www.argescoepfung.at/

► Kairos Europa



Unser gemeinsames Haus - Casa Común

Ein Kreis von ökumenischen Basisinitiativen aus der Bundesrepublik Deutschland plant ausgehend vom „Offenen Brief“ mit seiner Kritik an der „Wuppertaler Erklärung“ von 2019 wegen deren Abkehr von prophetischen Zeugnissen der Ökumene, das Großereignis des OeRK im kommenden Jahr kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Im Aufruf heißt es: „In einem ersten Schritt wurde im April 2020 in einem – von prominenten ÖkumenikerInnen aus aller Welt unterzeichneten – offenen Brief vor allem die deutschen Kirchen, aber auch den OeRK sowie die ökumenische Bewegung insgesamt angemahnt, sich künftig (wieder) intensiver und entschiedener mit den Überlebensfragen von Menschheit und Schöpfung sowie ihren strukturellen Ursachen auseinander zu setzen. Denn die Ökumene hatte sich in den letzten Jahrzehnten intensiv mit den herrschenden polit-ökonomischen Verhältnissen befasst und schließlich nahezu übereinstimmend und deutlich Position bezogen.“

So brandmarkte der Lutherische Weltbund die vorherrschende, sich zunehmend totalitär entfaltende Weltwirtschaftsordnung bei seiner 10. Vollversammlung als „Götzendienst“ (Winnipeg 2003); der Reformierte Weltbund bekannte auf seiner 24. Generalversammlung: „Wir glauben, dass die Integrität unseres Glaubens auf dem Spiel steht, wenn wir uns gegenüber dem heute geltenden System der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung ausschweigen oder untätig verhalten“ (Accra 2004); und die 10. Vollversammlung des OeRK erkannte in der „Herrschaft des Marktes“ „ein globales System vom Mammon bestimmtes System, das durch endlose Ausbeutung allein das grenzenlose Wachstum des Reichtums der Reichen und Mächtigen schützt“ (Busan 2013).

Konfliktscheue Kirchen

Trotz der seither zu konstatierenden weiteren Verschärfung der Krise unserer Zivilisation wird diese systematisch erarbeitete Beschlusslage, die seit dem Pontifikat von Franziskus ein erfreuliches Einvernehmen mit Enzykliken und apostolischen Schreiben aufweist, zuneh-

mend beiseite geschoben – allzu oft wohl aus Furcht vor prinzipiellen Konflikten mit politischen sowie wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen.

In Anbetracht dieser misslichen Situation laden die Initiatoren die ökumenische Bewegung, vor allem unsere Schwestern und Brüder im globalen Süden, ein, im Vorfeld und während des OeRK-Treffens mit aktiv zu werden. Dazu soll zunächst eine „virtuelle“ Casa Común mit Videokonferenzen, Webseiten etc. und dann während des Treffens in Karlsruhe einen realen Ort der Zusammenkunft organisiert werden.

Casa Común, so nannte sich eine Initiative am Rande der römisch-katholischen Amazonassynode 2019, die Gläubigen und Synodalen die Möglichkeit bot, über existenzielle Themen miteinander ins Gespräch zu kommen.

Bereits im Vorfeld des OeRK-Treffens soll entlang von Sprachgruppen in Form von virtuellen Konferenzen und Strategieworkshops zu Fragen gearbeitet werden wie: Was sollen die prioritären Themen für eine prophetische ökumenische Bewegung sein, die die Zeichen der Zeit angemessen in den Blick nimmt? Wie kann es gelingen, unsere Stimme auf dem OeRK-Treffen hörbar zu machen?“

Voraussetzungen

Wer sich in der Initiativgruppe beteiligen möchte, muss sich nach Auskunft von Initiatoren die Inhalte des „Offenen Briefes“ mit seiner Kritik an der „Wuppertaler Erklärung“ von 2019 zu Eigen machen (se. www.kairoseuropa.de). Aus anderen ökumenischen Initiativen ist dazu zu hören, dass die „Wuppertaler Erklärung“ keineswegs die grundlegende Kritik an den weltwirtschaftlichen Strukturen, wie sie die weltweite Ökumene formuliert hat, ignoriere, sondern sie vielmehr voraus setze. Ein bloßes Schibboleth, der systemische Charakter der Krise, könne nicht die Artikulation von Konsequenzen ersetzen. Die ökumenisch-sozialethische Arbeit müsse über das Stadium der prophetischen Fundamental-Kritik hinausgehen.

Kontakt: info@casa-comun-2022.de, www.casa-comun-2022.de, c/o Kairos Europa, WeltHaus, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221 - 800255, E-Mail: info@kairoseuropa.de

► Initiative "Nein zur atomaren Abschreckung"

Atomwaffenverbot erfordert Nein zur Abschreckung

60 Christinnen und Christen, die seit Jahren in der Friedensarbeit der Kirchen engagiert sind, haben anlässlich des

Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2021 an die Kirchen in appelliert, die andauernde Legitimation der Atombewaffnung als Instrument der Abschreckung und Kriegsverhütung in Frage zu stellen. Unter den Unterstützern des Aufrufes sind die früheren Bischöfe Christoph Demke und Axel Noack, der Erfurter Propst Heino Falcke, die Theologen Ulrich Duchrow, Jürgen Moltmann, Konrad Raiser, Friedrich Schorlemmer und Christof Ziemer, der Friedensforscher Dieter Senghaas, die frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer und die Grünen-Politikerin Antje Vollmer.

In einer am 1. Februar veröffentlichten Stellungnahme „Ein Nein ohne jedes Ja zu Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ erklären sie, es reiche nicht, dass die Kirchen den Atomwaffenverbotsvertrag lediglich begrüßen und die Bundesregierung auffordern, ihm ebenfalls beizutreten. Was fehle, sei die Forderung nach Abkehr von der Doktrin der atomaren Abschreckung, die bis heute die Begründung für die atomare Aufrüstung und Drohung liefere. „Ohne eine Abkehr von diesem Prinzip werden wir keine wahren Fortschritte bei der atomaren Abrüstung erwarten können“.

Die Unterzeichner der Stellungnahme weisen darauf hin, dass die Kirchen in Deutschland in der Beurteilung der atomaren Abschreckung schon mal weiter waren. Bereits 1982, unter dem Eindruck der Bedrohung durch Vor- und Nachrüstung mit atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa, hatten die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR einen intensiven Dialog zur Doktrin der atomaren Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen begonnen. Er führte 1987 auf der Bundessynode in Görlitz zur „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“. Als verbindliches Bekenntnis ihrer Kirchen war diese Absage theologisch und friedensethisch begründet. Die Oekumenische Versammlung in der DDR hatte sich 1988/89 in ihrem Schlussdokument dieser Absage angeschlossen und konkrete Schritte zur Überwindung des Abschreckungssystems durch ein System Gemeinsamer Sicherheit vorgeschlagen.

Die Stellungnahme knüpft an diese im Westen nahezu „vergessene“ kirchliche Urteilsbildung unmittelbar an: „Wir fordern die EKD auf, nicht länger zu ignorieren, dass sich in den 80er-Jahren die Kirchen in der DDR angesichts einer vergleichbaren Bedrohung zu einem Nein ohne jedes Ja gegenüber Politik und Praxis der Abschreckung bekannt haben und gegen jede Androhung von Völkermord durch Kernwaffen aussprachen.“

Betont wird die spezifische Friedensverantwortung von Christinnen und Christen: „Wir wollen in unseren Kirchen und Gemeinden und auch in der Öffentlichkeit erneut zur Sprache bringen, was diese Abschreckungsdoktrin beinhaltet und bewirkt, inwiefern sie nicht halten kann, was sie verspricht – und dass es Alternativen dazu gibt“. Dem Ruf nach massiver militärischer Aufrüstung müsse durch eine intelligente Politik Gemeinsamer Sicherheit begegnet werden: „Wie lange wollen wir noch darauf bestehen, im Interesse unserer eigenen Sicherheit das Leben von Menschen in anderen Völkern und Staaten durch Atomwaffen zu bedrohen?“

HELMUT DOMKE, JOACHIM GARSTECKI und HANS MISSELWITZ

Kontakt: Dr. Helmut Domke, Initiative "Nein zur atomaren Abschreckung", Milinowskistraße 1, 14169 Berlin

► Versöhnungsbund



Klimawandel und die Möglichkeiten seiner Begrenzung

Der Versöhnungsbund setzt seine Jahrestagung zum Thema "Klimagerechtigkeit jetzt! gewaltfrei - aktiv - revolutionär" vom 13.-16.05.2021 als Hybrid-Tagung um, also in Präsenz in Bad Schussenried flankiert mit Online-Elementen.

Internationaler Versöhnungsbund, Deutscher Zweig e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: 0571/85 08 75, vb@versoenungsbund.de, www.versoenungsbund.de

► Oekumenischer Pilgerweg Für Klimagerechtigkeit

Die Welt-Klimakonferenz 2020 (COP 26) wurde coronabedingt verschoben und soll nun vom 1.-12. November 2021 im schottischen Glasgow ausgetragen werden. Wie seit der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris (COP 21) üblich plant die 'Pilgerbasis Paris 2015' gemeinsam mit einem breiten ökumenischen Bündnis einen neuen langen Klimapilgerweg. Dieser soll die Welt-Klimakonferenz von Katowice (2018) durch einen Zuweg aus Polen mit der COP26 in Glasgow verbinden.

Umgesetzt wird ein Plan, der Mitte August in Zielona Góra (PL) beginnt und durch Deutschland, die Nieder-

lande, England und Schottland bis nach Glasgow führt. Nach derzeitigem Entwicklungsstand gehen die OrganisatorInnen des Oekumenischen Pilgerwegs für Klimagerechtigkeit von einer Gesamtstrecke von 1420 km aus, die in 77 Tagen zurückgelegt werden sollen. Darin enthalten ist ein Aktionstag pro Woche. Die Ankunft in Glasgow ist für 29.10.2021 ins Auge gefasst.

Die viergeteilte Route sieht als Abschnitte vor:

1. Von Zielona Góra nach Forst (Lausitz) an der deutsch-polnischen Grenze (ca. 88 km).

2. Von Forst (Lausitz) bis nach Glanerbrücke an der deutsch-niederländischen Grenze (ca. 777 km).

3. Von Glanerbrücke bis nach Ijmuiden. Von dort mit der Fähre übernacht bis Newcastle-upon-Tyne (ca. 222 km).

4. Von Newcastle-upon-Tyne bis nach Glasgow (ca. 333 km).

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, möge sich bitte entsprechend Zeit ab 13.08.2021 reservieren.

Kontakt: 5. Oekumenischer Pilgerweg für Klimagerechtigkeit, Büro, Chris Böer, Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW, Auf dem Tummelplatz 8, 58239 Schwerte, Tel.: 02304/755312, E-Mail chris.boer@kircheundgesellschaft.de

► Oekumenische Friedensdekade

Reichweite Frieden

Die diesjährige Friedensdekade vom 7.-17. November 2021 steht unter dem Motto „Reichweite Frieden“. Das neue Plakatmotiv wurde Ende Februar vorgestellt.



Kontakt: Oekumenische Friedensdekade e.V., Beller Weg 6, 56290 Buch/Hunsrück, Tel.: 06762/2261

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München
www.oekumenisches-netz-bayern.de

Berlin

**Büro der kommunalen Oekumene
Treprow-Köpenick**
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthemenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Haus am Schüberg
Wulfsdorfer Weg 33, D-22949 Ammersbek,
Tel.: 040 605 00 00, E-Mail: info@haus-
am-schueberg.de

Hessen

**Oekumenisches Netz Nord- und
Osthessen**
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

**Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der
Evangelischen Kirche in der Pfalz**
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Solidarische Kirche im Rheinland
c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-
Str. 199, 51063 Köln
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarische-
kirche.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

**Oekumenisches Informationszentrum
Dresden**
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treprow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
oek_trep_koep@gmx.de

Einladung



zur Förderung der
Stiftung Oekumene

Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung über die
gemeinnützige Stiftung Oekumene
als Plattform für vielfältige Projekte

Stiftung Oekumene

Konto bei der Evangelischen Bank
IBAN DE38 5206 0410 0000 4141 90

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür wird die Adresse
benötigt.

Möchten Sie die Zeitschrift

**OEKUMENISCHER
INFORMATIONSDIENST**

regelmäßig erhalten?
Nur 10,- Euro im Jahr!
Eine kurze Mitteilung per E-Mail
oder Post genügt.

Stiftung Oekumene,
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart,
ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene
Verantwortlich:
Ulrich Schmittthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmittthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Entwurf Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08